

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Tagesordnungspunkt

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Datum: 27.11.2018

Ergänzungsantrag

Drucksache Nr.

Antragsteller DIE LINKE,
CDU- Fraktion,
SPD- Fraktion, Bünd-
nis 90/DIE GRÜNEN,
Unabhängige Bürger

Bearbeiter:

Telefon: 0385/545- 2957

Beratung und Beschlussfassung im

Fachausschuss für

- | | | |
|---|---|--|
| ☐ Finanzen und Rechnungsprüfung | ☐ Hauptausschuss | ☐ Stadtvertretung |
| ☐ Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung | | |
| ☐ Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften | | |
| ☐ Soziales und Wohnen | | |
| ☐ Kultur, Sport und Schule | | |
| ☐ Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen | | |
| ☐ | | |

Beschluss am:

Betreff

Ergänzungsantrag zu DS 01555/2018 - Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für den Doppelhaushalt 2019/2020

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird um einen Punkt 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

5. Die Stadtvertretung beschließt die als Anlage beigefügte Entschließung: „**Landeshauptstadt Schwerin bei der Integration von Flüchtlingen zukünftig finanziell besser unterstützen**“.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE

Sebastian Ehlers
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Christian Masch
Fraktionsvorsitzender
SPD

Silvio Horn
Fraktionsvorsitzender
Unabhängige Bürger

Cornelia Nagel
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Anlage

EntschlieÙung

Landeshauptstadt Schwerin bei der Integration von Flüchtlingen zukünftig besser unterstützen

Aktuelle Zahlen im Haushalt zeigen, dass die Landeshauptstadt Schwerin 2019 und 2020 jeweils ca. 3,8 Millionen Euro für die Integration von Flüchtlingen aus eigenen Mitteln aufbringen muss. Bereits in den beiden Vorjahren waren es zusammen bereits ca. 8 Millionen Euro.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtvertretung beschließen:

1. Die Stadtvertretung erwartet vom Land Mecklenburg-Vorpommern, die zugesagte volle Kostenübernahme für die Integration von Flüchtlingen umgehend umzusetzen und unterstützt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Forderung des Oberbürgermeisters, den Verteilungsschlüssel für die Bundesmittel zwischen Land und Kommunen so zu verändern, dass er an die reale Lastenverteilung zwischen den Aufgabenträgern angepasst wird.
2. Zur Unterstützung der Konsolidierungsbemühungen der Landeshauptstadt Schwerin wird der Oberbürgermeister daher beauftragt, entsprechende Gespräche mit der Landesregierung zu führen.